



Rathaus Umschau

Freitag, 24. April 2026

Ausgabe 78

ru.muenchen.de

Als Newsletter unter muenchen.de/ru-abo

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----------|
| Terminhinweise für Medien | 2 |
| Meldungen | 3 |
| › MünchenBudget: Noch bis 1. Mai Ideen einreichen | 3 |
| › 30 Jahre „Fit im Park“: Sportprogramm feiert Jubiläum | 3 |
| › Stadtentwicklung mit digitaler Hilfe: Smart City Talk im PlanTreff | 5 |
| › Bauzentrum: Online-Infoabend zum Thema Nachbarschaftslärm | 5 |
| › Ausstellungsprojekt „Sichtbar. Verknüpft. Frei.“ | 6 |
| › Öffentliche Stadtrats-Sitzungen der kommenden Woche | 7 |
| Baustellen aktuell | 8 |
| Antworten auf Stadtratsanfragen | |
| Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften | |

Terminhinweise für Medien

Wiederholung

Samstag, 25. April, 11 Uhr, Mariahilfplatz (Nordseite vor dem Kinderkarussell)

Der Referent für Arbeit und Wirtschaft, Dr. Christian Scharpf, eröffnet das Dultjahr 2026. Umrahmt wird die Veranstaltung von den Oberlinger Musikanten und Tanzdarbietungen der Schwuhplattler sowie der Trachtengruppen „Raintaler“ und „D’Loisachthaler Stamm“ gemeinsam mit Kindern des Kinderhauses „Königin des Friedens“ in Giesing. Bei schlechtem Wetter findet die Eröffnung beim Autoscooter im Schaustellerteil der Dult statt.

Achtung Redaktionen: Der Termin ist für Foto- und Filmberichterstattung geeignet.

Wiederholung

Montag, 27. April, 18 Uhr, Festsaal im Alten Rathaus

Beim Gewerkschaftsempfang der Landeshauptstadt München anlässlich des Maifeiertags spricht Bürgermeisterin Verena Dietl ein Grußwort.

Mittwoch, 29. April, 19 Uhr, MaximiliansForum (Unterführung Maximiliansstraße/Altstadtring)

Zur Eröffnung des dritten Ausstellungsteils der Jubiläumsausstellung „Sichtbar. Verknüpft. Frei“ anlässlich 100 Jahre GEDOK spricht Stadtrat Leo Agerer (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) ein Grußwort in Vertretung des Oberbürgermeisters. Es begrüßt Diana Ebster (Kulturreferat/MaximiliansForum). Einführende Beiträge von Dr. Margit Huber, Vorsitzin der GEDOK München, Nina Oswald (Kulturreferat/Rathausgalerie), Benita Meissner (Leitung DG Kunstraum), Diana Ebster (Kulturreferat/MaximiliansForum) und Dr. Annika Schoemann (Kuratorin des Jubiläumsprojekts Sichtbar. Verknüpft. Frei – 100 Jahre Gedok).

(Siehe auch unter Meldungen)

Sonntag, 17. Mai, 13.30 Uhr, Rathaus, Großer Sitzungssaal

Der künftige Oberbürgermeister Dominik Krause lädt die erfolgreichen Fußballer des FC Bayern München zur Meisterfeier ins Rathaus ein. Im Anschluss feiert der Klub auf dem Rathaus-Balkon mit seinen Fans auf dem Marienplatz. Für das Frauen-Team, das sich ebenfalls vorzeitig die Deutsche Meisterschaft gesichert hat, aber am 17. Mai noch ein Auswärtsspiel in Hamburg zu absolvieren hat, wird es einen gesonderten Empfang der Stadt geben.

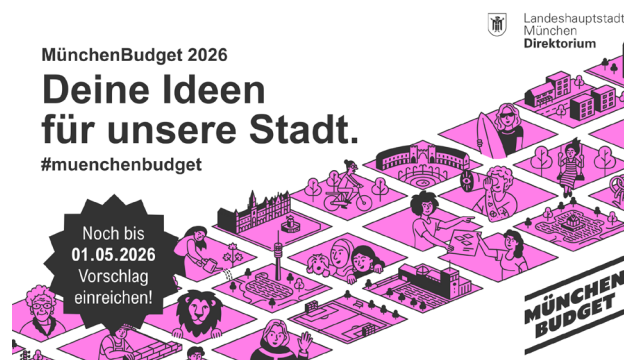
Achtung Redaktionen: Für Fotograf*innen und Kamerateams wird an der Mariensäule wieder ein eigenes Podest aufgebaut. Zugang zum Podest

und Einlass ins Rathaus ist nur mit einem speziellen Arbeitsausweis möglich. Akkreditierungswünsche bitte bis spätestens Mittwoch, 6. Mai, per E-Mail an presseamt@muenchen.de.

Meldungen

MünchenBudget: Noch bis 1. Mai Ideen einreichen

(24.4.2026) Was braucht die Stadt? Noch bis 1. Mai haben Münchner*innen die Möglichkeit, ihre Ideen einzureichen – und zwar online unter [unser.muenchen.de/muenchenbudget2026](https://www.unser.muenchen.de/muenchenbudget2026).



Auch in diesem Jahr ist die Landeshauptstadt München wieder auf der Suche nach den besten Ideen aus der Stadtgesellschaft. Das Besondere am MünchenBudget: Die Münchner*innen reichen die Ideen selbst ein und entscheiden auch, welche Vorschläge umgesetzt werden.

Die Verwaltung prüft alle eingegangenen Ideen anhand von vorab festgelegten Kriterien. Anschließend können alle Münchner*innen aus den geprüften Vorschlägen ihre Favoriten auswählen. Die 20 Vorschläge mit den meisten Stimmen gehen in die Prüfung durch die Fachreferate. Diese prüfen die Vorschläge auf Umsetzbarkeit und erarbeiten für alle umsetzbaren Ideen eine Kostenschätzung. Danach können alle Münchner*innen abstimmen, welche Vorschläge die Stadtverwaltung umsetzen soll.

Weitere Infos und alle Termine unter [unser.muenchen.de/muenchenbudget2026](https://www.unser.muenchen.de/muenchenbudget2026)

30 Jahre „Fit im Park“: Sportprogramm feiert Jubiläum

(24.4.2026) Es geht wieder los! Der städtische FreizeitSport des Referats für Bildung und Sport (RBS) startet mit dem beliebten „Fit im Park“-Angebot in die 30. Jubiläums-Ausgabe. Das Programm wird allen sportbegeisterten Münchner*innen in mittlerweile 16 Park- und Grünanlagen vom 1. Mai bis 30. September täglich angeboten. Offen zugänglich und kostenlos kann wieder spontan und nach Herzenslust dem Bewegungsdrang

freien Lauf gelassen werden. Das Ziel des „Fit-im-Park“-Programms ist es, die Menschen so einfach wie möglich beim Sport zusammenzubringen und sie damit zu einem bewegungsreichen Alltag zu animieren. Pro Saison beteiligen sich über 62.000 Münchner*innen an den Mitmach-Angeboten, was die große Notwendigkeit und Beliebtheit des Programms bestätigt.



30 Jahre „Fit im Park“: Das Angebot feiert Jubiläum – auch im Olympiapark (Foto: RBS)

Alles begann nach der Rückkehr einer FreizeitSport-Lehrkraft aus dem Urlaub in Schweden, wo kostenlose Gymnastikstunden in den Parks angeboten wurden. Das FreizeitSport-Team des RBS war von der Idee so begeistert, dass daraus die erste „Fit im Park“-Stunde im Westpark entstand. Aus dem Pilotprojekt entwickelte sich ein vielfältiges Sportangebot für alle Altersklassen und Fitnesslevels, welches natürlich auch in diesem Jahr weiterentwickelt und mit neuen Programmpunkten angereichert wurde. Erstmals in dieser Jubiläumssaison sind die Sportangebote Yoga und Afroletics in Freiham-Neuaubing dabei. Ein Gemeinschaftsangebot mit dem GesundheitsTreff Freiham. Zudem bietet der GesundheitsTreff Riem am Fitness Parcour der Messestadt West erstmalig ein Angebot nur für Frauen an. Der zentral gelegene Nußbaumpark am Sendlinger Tor soll mit dem Kooperationsangebot des MTV München von 1879 e.V. durch Yoga und Fullbody-Functional Training sportlich belebt werden.

Das außergewöhnliche Tanzangebot Silent Disco Groove findet nun in der Location FLUX – Pinakothek der Moderne statt. Bei gutem Wetter kann outdoor getanzt werden, bei schlechtem Wetter indoor. Beim Angebot Walk & Talk kann man auf wechselnden Routen ebenso neue Kontakte knüpfen, Natur genießen und fleißig Kalorien verbrennen. Die Gespräche finden in Deutsch oder Englisch statt.

Alle Einzelheiten zu den Angeboten, Zeiten und Orten sind im Programmflyer „Fit im Park 2026“ zusammengefasst. Die neue Broschüre ist ab sofort in der Stadtinformation am Marienplatz erhältlich oder kann unter www.muenchen.de/muckis heruntergeladen werden. Alle Sportbegeisterten können sich auch im Jubiläumsjahr von den vielfältigen und umfangreichen Sportangeboten unter freiem Himmel mitreißen lassen.

Weitere Informationen gibt es am Servicetelefon Sport unter 233- 96777.

Stadtentwicklung mit digitaler Hilfe: Smart City Talk im PlanTreff

(24.4.2026) Bereits zum dritten Mal in Folge belegte München 2025 im Smart City Index des Digitalverbands Bitkom den ersten Platz. Die Smart City München setzt digitale Technologien gezielt für die ganzheitliche Stadtentwicklungsplanung ein. Ökologische, soziale, ökonomische und räumliche Aspekte können mithilfe digitaler Werkzeuge integriert, ganzheitlich betrachtet und ausbalanciert werden. Gleichzeitig helfen digitale Technologien dabei, die Stadtentwicklungsplanung stetig weiterzuentwickeln und an sich verändernde Bedingungen anzupassen.

Aber, wie sieht die Realität wirklich aus? Das Tempo technologischer Veränderungen ist hoch. Neue IT-Infrastrukturen wie digitale Zwillinge und urbane Datenplattformen entwickeln sich zunehmend zum Standard. Gibt es neben all den sich bietenden Möglichkeiten und Chancen einer fortschreitenden Digitalisierung auch Risiken und Nebenwirkungen? So bestehen aktuell viele offene Governance-Fragen, insbesondere im Hinblick auf digitale Souveränität und künstliche Intelligenz.

Über dieses Spannungsfeld diskutiert am 28. April ab 18 Uhr im PlanTreff, Blumenstraße 31, Klaus Illigmann, Leiter Strategische Entwicklungsplanung im Referat für Stadtplanung und Bauordnung, mit Christoph Stroschein, Geschäftsführer der GESI Deutsche Gesellschaft für Systeminnovation mbH, Berlin. Die Veranstaltung findet im Rahmen der Smart City Interest Group statt, einem Austauschformat der Landeshauptstadt München rund um das Thema Smart City München.

Weitere Infos und Anmelde-möglichkeit unter muenchen.de/plantreff.

Der Eintritt ist frei. Der PlanTreff ist rollstuhlgerecht zugänglich, eine barrierefreie Toilette ist vorhanden.

Bauzentrum: Online-Infoabend zum Thema Nachbarschaftslärm

(24.4.2026) Das Bauzentrum München lädt im Rahmen des „Tags gegen Lärm“ am Mittwoch, 29. April, um 18 Uhr ein zum Online-Infoabend „Lärm nervt! Was tun bei Lärm aus der Nachbarschaft?“. Die Teilnahme ist kostenfrei. Eine Anmeldung ist erforderlich unter <https://t1p.de/mvzz8>.

Lärm ist im Wohnumfeld das Konfliktthema Nummer 1. Neben Musik, Partys und Bauarbeiten sind beispielsweise auch Lüftungs- und Klimageräte, Kühlaggregate und Wärmepumpen Gegenstand von Streitigkeiten in der Nachbarschaft. Es gibt zwar Regeln, die einzuhalten sind, allerdings schützen diese die betroffene Nachbarschaft nur eingeschränkt. Daher ist es wichtig, die Handlungsmöglichkeiten beim Umgang mit Lärm zu kennen und zu wissen, welche Anlaufstellen es gibt und was auch dann noch geht, wenn alles andere gescheitert ist. Referentin Juliana Helmstreit ist

als Rechtsanwältin und Schlichterin spezialisiert auf Bau- und Immobilienrecht und ist neben ihrer beruflichen Tätigkeit seit mehr als 15 Jahren als Mediatorin für die Landeshauptstadt München bei der Stelle für Gemeinwesenmediation (SteG) im Einsatz. Ihrer Erfahrung nach können Konflikte im Wohnumfeld nachhaltig und zufriedenstellend für alle Beteiligten nur außerhalb der Gerichte beigelegt werden.

Der Tag gegen Lärm findet am 29. April in vielen Ländern statt. Das diesjährige Motto lautet „Der Sound von morgen“. Die Aktion macht darauf aufmerksam, was Lärm bewirkt, und ermutigt dazu, sich zu engagieren. Infos unter tag-gegen-laerm.de.

Weitere Informationen zum Bauzentrum unter muenchen.de/bauzentrum und veranstaltungen.muenchen.de/bauzentrum.

Ausstellungsprojekt „Sichtbar. Verknüpft. Frei.“

(24.4.2026) Am Mittwoch, 29. April, 19 Uhr, wird im MaximiliansForum der dritte Teil des großangelegten Jubiläumsprojekts der GEDOK eröffnet. 100 Jahre GEDOK stehen für weibliche Schaffenskraft und 100 Jahre Kunst von Frauen. Mit dem Kooperationsprojekt „Sichtbar. Verknüpft. Frei.“ feiert die GEDOK ihr Jubiläum. An drei Ausstellungsorten – der Rathausgalerie zu Gast im DG Kunstraum, der galerieGEDOKmuc und dem MaximiliansForum – präsentiert die GEDOK ein interdisziplinäres Programm.

30 Künstlerinnen aus München und ganz Deutschland zeigen aktuelle Positionen, die sich in Malerei, Skulptur und Multimedia bis hin zu Schmuck und Textilarbeiten künstlerisch mit der Fragestellung beschäftigen, wie frei und unabhängig Frauen heute arbeiten können. Nachdem am 16. April die Rathausgalerie zu Gast im DG Kunstraum den ersten Ausstellungsteil eröffnet hat und am 23. April die galerieGEDOK Teil 2, wird das Kunstraum-übergreifende Ausstellungsprojekt mit der Ausstellung im MaximiliansForum vollständig. Dazu präsentiert das MaximiliansForum sieben weitere, ausgewählte künstlerische Positionen aus München und ganz Deutschland mit Ergül Cengiz, Olga Golos, Katrin Grote-Baker, Nina Heinlein, Erika Kassnel-Henneberg, dem Künstlerinnen-Duo Silke Kästner/Sabine Schlunk und Doro Seror. Im Lauf der Ausstellung werden zudem Performances von Monika Olszak, Eliana Renner und Lina Ziller und ein offener Workshop von Silke Kästner und Sabine Schlunk stattfinden.

1926 wurde die GEDOK von der Frauenrechtlerin Ida Demmel als „Gemeinschaft deutscher und österreichischer Künstlerinnen und Kunstfreundinnen“ gegründet. Bis heute ist sie das älteste und europaweit größte Netzwerk für Künstlerinnen aller Kunstgattungen.

Zur Eröffnung des dritten Ausstellungsteils der Jubiläumsausstellung „Sichtbar. Verknüpft. Frei – 100 Jahre GEDOK“ im Maximiliansforum am 29. April, 19 Uhr, spricht Stadtrat Leo Agerer (Stadtratsfraktion der CSU mit



FREIE WÄHLER) ein Grußwort in Vertretung des Oberbürgermeisters. Es begrüßt Diana Ebster (Kulturreferat/MaximiliansForum). Einführende Beiträge von Dr. Margit Huber, Vorstandin der Gedok München, Nina Oswald (Kulturreferat/Rathausgalerie), Benita Meissner (Leitung DG Kunstraum), Diana Ebster (Kulturreferat/MaximiliansForum, und Dr. Annika Schoemann (Kuratorin des Jubiläumsprojekts „Sichtbar. Verknüpft. Frei“).

Der Eintritt zu den Ausstellungen und den Veranstaltungen ist frei. Bei einigen gesonderten Angeboten sind die Kosten ausgewiesen. Ausführliche Informationen und Programm unter www.gedok-muc.de und www.maximiliansforum.de.

(Siehe auch unter *Terminhinweise*)

Öffentliche Stadtrats-Sitzungen der kommenden Woche

Dienstag, 28. April

- 9.30 Uhr Ausschuss für Arbeit und Wirtschaft –
Kleiner Sitzungssaal
- 9.30 Uhr Kreisverwaltungsausschuss – Großer
Sitzungssaal
- 14.00 Uhr Finanzausschuss – Großer Sitzungssaal

Mittwoch, 29. April

- 9.00 Uhr Vollversammlung – Großer Sitzungssaal
(Die Vollversammlung wird als Livestream im
Internet unter muenchen.de/stadtrat-live über-
tragen und dabei auch in Gebärdensprache
übersetzt)



Baustellen aktuell

Freitag, 24. April 2026

Brudermühltunnel (Sendling)

Das Baureferat nimmt eine sicherheitstechnische Instandsetzung im Brudermühltunnel vor. Hierfür wird der Tunnel in der Zeit **von Dienstag, 28. April, bis Donnerstag, 30. April, jeweils zwischen 22.30 und 5 Uhr** gesperrt. Der Verkehr wird über die Oberfläche abgeleitet.

Herzogspitalstraße (Altstadt-Lehel)

Für den Abbau eines Portalkrans wird von **Montag, 4. Mai, bis Mittwoch, 6. Mai, jeweils zwischen 21 und 6 Uhr**, die Fahrbahn im westlichen Bereich der Herzogspitalstraße auf Höhe der Hausnummer 11 vollständig gesperrt. Die Einbahnregelung in der Herzogspitalstraße zwischen der Herzog-Wilhelm-Straße und der Damenstiftstraße wird aufgehoben. Für den Autoverkehr und Radfahrer*innen erfolgt eine ausgeschilderte Umleitung über die Herzog-Wilhelm-Straße, die Kreuzstraße und die Damenstiftstraße. Fußgänger*innen können die Baustelle auf der gegenüberliegenden Gehwegseite passieren.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Freitag, 24. April 2026

Münchner Schulen im Kampf gegen Rechtsextremismus unterstützen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Anne Hübner, Barbara Likus, Cumali Naz, Lena Odell, Marian Offman, Julia Schönfeld-Knor, Micky Wenngatz (SPD-Fraktion), Anja Berger, Nimet Gökmenoğlu, Ursula Harper, Gunda Krauss, Sofie Langmeier, Sebastian Weisenburger (Fraktion Die Grünen – Rosa Liste), Marie Burneleit, Stefan Jagel, Thomas Lechner, Brigitte Wolf (Die Linke / Die PARTEI Stadtratsfraktion) und Sonja Haider, Dirk Höpner, Nicola Holtmann Tobias Ruff (Fraktion ÖDP/München-Liste) vom 20.5.2025

Versorgung von Schulen mit Schulpsychologen

Antrag Stadträte Jens Luther und Manuel Pretzl (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 3.9.2025

Sachstand beim Eisbach-Surfen + + + Sachstand beim Eisbach-Surfen II + + + Sachstand beim Eisbach-Surfen III

Anfragen Stadtrat Manuel Pretzl (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 3.11.2025, 4.11.2025 und 30.12.2025

Aussetzung des Umbaus der Augustenstraße im Abschnitt zwischen Gabelsbergerstraße und Heßstraße

Antrag Stadtrats-Mitglieder Andreas Babor, Dr. Michael Haberland, Hans Hammer, Hans-Peter Mehling, Veronika Mirlach, Dr. Evelyne Menges und Thomas Schmid (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 12.11.2025

Münchner Schulen im Kampf gegen Rechtsextremismus unterstützen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Anne Hübner, Barbara Likus, Cumali Naz, Lena Odell, Marian Offman, Julia Schönfeld-Knor, Micky Wenngatz (SPD-Fraktion), Anja Berger, Nimet Gökmenoğlu, Ursula Harper, Gunda Krauss, Sofie Langmeier, Sebastian Weisenburger (Fraktion Die Grünen – Rosa Liste), Marie Burneleit, Stefan Jagel, Thomas Lechner, Brigitte Wolf (Die Linke / Die PARTEI Stadtratsfraktion) und Sonja Haider, Dirk Höpner, Nicola Holtmann Tobias Ruff (Fraktion ÖDP/München-Liste) vom 20.5.2025

Antwort Stadtschulrat Florian Kraus:

Auf Ihren Antrag vom 20.5.2025 nehme ich Bezug.

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Bei dem Inhalt Ihres Antrags handelt es sich jedoch um eine laufende Angelegenheit, deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 GO und § 22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt. Eine beschlussmäßige Behandlung der Angelegenheit im Stadtrat ist daher nicht möglich, weshalb die Beantwortung auf diesem Wege erfolgt.

Der Antrag lautet wie folgt:

„Das Referat für Bildung und Sport wird gebeten, die städtischen Schulen vor dem Hintergrund der aktuellen Flyer- und Banneraktionen von Rechtsextremen vor Münchner Gymnasien mit folgenden Maßnahmen zu unterstützen:

- 1. Handlungsempfehlungen dazu, wie im Falle rechtsextremer Aktionen an Schulen reagiert werden sollte sowie Weitergabe von umfassenden Informationen über rechtsextreme (Jugend-)Organisationen und völkisches Gedankengut.*
- 2. Eine Aufklärung darüber, dass es mit der Neutralitätspflicht von Lehrkräften vereinbar ist, für die Demokratie Stellung zu beziehen. Der entsprechende Informationsflyer der Fachstelle für Demokratie sollte allen Lehrkräften erneut zugänglich gemacht werden.*
- 3. Unterstützung von Schüler*innen und Lehrkräften, die sich durch rechtsextreme Umtriebe bedroht fühlen. Hierbei sollte vor allem auf die Anlaufstelle bei Diskriminierung und rechtem Hass an Münchner Schulen (angesiedelt bei der Fachstelle für Demokratie) hingewiesen werden.*

Außerdem wird das Referat für Bildung und Sport gebeten, sich an das Staatliche Schulamt und die Ministerialbeauftragten zu wenden mit der Bitte, entsprechende Maßnahmen auch an den staatlichen Schulen zu veranlassen.

Das Referat für Bildung und Sport wird zudem gebeten, aus bestehenden Fortbildungsbudgets ein weiteres Projekt (ähnlich der ‚Meerschweinchen-Verschörung‘) der Pastinaken, in Zusammenarbeit mit der Fachstelle für Demokratie, zur Peer-to-Peer-Arbeit an städtischen Schulen zu ermöglichen und die städtischen Schulen zu ermutigen, dort stattfindende Projekte auch weiterhin sehr gezielt auf Demokratiebildung auszurichten und entsprechende Budgets auszuschöpfen.“

Hierzu kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Zum Punkt 1 des Antrags:

Die Fachstelle für Demokratie hat am 15. Mai 2025 als Reaktion auf Flugblatt- und Banneraktionen der rechtsextremen Identitären Bewegung an mehreren Schulen ein Schreiben an alle Münchner Schulen versendet. Das Schreiben enthielt Hinweise und Handlungsempfehlungen für Schulleitungen und Lehrkräfte sowohl in Bezug auf die konkreten Aktionen als auch auf Flyer- und Banneraktionen rechtsextremer Gruppierungen bzw. Aktivist*innen im Allgemeinen.

Darüber hinaus bietet die bei der Fachstelle für Demokratie angesiedelte Anlaufstelle bei Diskriminierung und rechtem Hass an Münchner Schulen jederzeit Beratung zum Umgang mit derartigen Aktionen sowie zum (reaktiven und proaktiven) Umgang der Schulen mit den Themen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und andere Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit an.

Das Referat für Bildung und Sport (RBS) empfiehlt anhaltend in Anlehnung an die Empfehlungen der Fachstelle für Demokratie im Falle rechtsextremer Aktionen an Schulen ein konsequentes und abgestimmtes Vorgehen, um sowohl den Schutz der Schulgemeinschaft als auch die Wahrung demokratischer Werte sicherzustellen. Dieses Vorgehen beginnt bei strafrechtlichen Aspekten mit der Einbindung der Polizei und im Gebrauch des Hausrechts. Rechtsextremes Material wird sichergestellt und die weitere Verbreitung auf dem Schulgelände unverzüglich unterbunden.

Die Schulleitungen sind verpflichtet, umgehend das RBS sowie die Fachstelle für Demokratie zu informieren. Durch dieses Verfahren wird gewährleistet, dass alle relevanten städtischen Stellen in die Bewertung und Bearbeitung von Vorfällen eingebunden werden und ein koordiniertes Vorgehen erfolgt.

Ein Beispiel für ein solch vorbildliches und entschlossenes Handeln ist das Vorgehen des Städtischen Willi-Graf-Gymnasiums. Die Schule reagierte umsichtig und konsequent auf einen rechtsextremen Vorfall und orientierte

sich dabei eng an den durch das RBS empfohlenen Abläufen. So konnte nicht nur eine schnelle Klärung und Sicherung des Vorfalls erreicht, sondern auch ein klares Zeichen gegen rechtsextreme Ideologien innerhalb der Schulfamilie gesetzt werden.

Ein weiterer zentraler Punkt ist die Information und Unterstützung des pädagogischen Personals. Die gesamte Schulgemeinschaft, d.h. Schüler*innen, Eltern und weiteres Schulpersonal wurden in angemessener Weise über den Vorfall informiert. Transparente Kommunikationswege tragen dazu bei, eine gemeinsame Haltung gegen Rechtsextremismus zu entwickeln, bzw. zu bestärken. Zudem erhält das Personal pädagogische Handlungsorientierungen, wie das Thema altersgerecht, sachlich und sensibel mit den Schüler*innen besprochen werden soll.

Zur Bewältigung möglicher psychischer Belastungen stehen die Schulpsychologie, die Schulsozialarbeit und bei Bedarf auch das Kriseninterventionsteam der Schule zur Verfügung. Nicht zuletzt kann auf die Beratungsangebote des Referats für Bildung und Sport sowie auf die Expertise und Unterstützung der Fachstelle für Demokratie zurückgegriffen werden. Diese bietet sowohl Beratung als auch weiterführende Maßnahmen zur Aufarbeitung und Prävention an. Das Pädagogische Institut – Zentrum für Kommunales Bildungsmanagement (RBS-PIZKB) bietet im Fachbereich Politische Bildung, Unterstützung, Fortbildungen, Workshops, Beratung und bei Bedarf eine Zusatzqualifikation „Schule der Vielfalt“ in diesem Themenfeld an.

Der Geschäftsbereich Allgemeinbildende Schulen des Referats für Bildung und Sport (RBS-A) sieht es als seine Aufgabe, Schulen nicht nur im Akutfall zu unterstützen, sondern auch nachhaltig demokratische Werte zu fördern. Hierzu zählen regelmäßige Fortbildungen, Projekttag zur politischen Bildung und die Förderung einer demokratischen und partizipativen Schulkultur.

Die genannten Maßnahmen werden stets in sämtlichen Gremien und allen Kanälen beworben, wie in Schulverteilern, Dienststellen- und Schulleitungskonferenzen.

Der Fachdienst Politische Bildung des PIZKB hält für die Schulen sämtliche Handreichungen des Netzwerkes „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ (SOR-SMC) bereit, vielfach mit konkreten Handlungsempfehlungen. Die Schulen werden vom RBS zudem pädagogisch-inhaltlich beraten und durch entsprechende Maßnahmen unterstützt (siehe dazu ausführlich unten Punkt 3).

Dem Geschäftsbereich Berufliche Schulen des Referats für Bildung und Sport (RBS-B) liegen derzeit (Stand: 1.2.2026) keine Erkenntnisse darüber vor, dass an den städtischen beruflichen Schulen Materialien aus dem Umfeld rechtsextremer Gruppierungen verteilt worden sind.

Gleichwohl steht der Geschäftsbereich in engem Austausch mit den 88 beruflichen Schulen in städtischer Trägerschaft. Der zuständige pädagogische Mitarbeiter ist den Schulleitungen bekannt und fungiert als zentrale Ansprechperson bei Vorkommnissen mit demokratie oder menschenfeindlichem Hintergrund. Schulen werden in solchen Fällen beratend und operativ unterstützt.

Zur weiteren Sensibilisierung schulischer Akteur*innen fand am 5. Juni 2025 der Fachtag „Politik und Gesellschaft“ unter dem Titel „Krisen, Klicks und Kontroversen“ am Berufsschulcampus Riesstraße statt. Zielgruppe sind insbesondere Schulleitungen, ständige Stellvertretungen sowie Lehrkräfte. Der Fachtag adressiert aktuelle gesellschaftliche Spannungsfelder und Gefahren der Demokratiefeindlichkeit. Eingeladen waren unter anderem Vertreter*innen der Generalstaatsanwaltschaft sowie ein ausgewiesener Experte zur so genannten „Neuen Rechten“ von der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU).

Darüber hinaus steht die städtische Fachstelle für Demokratie den beruflichen Schulen als kompetente Anlaufstelle zur Verfügung – sowohl präventiv als auch im akuten Fall. Schulen melden entsprechende Verdachtsfälle unmittelbar an die Fachstelle sowie an den Geschäftsbereich; dieses etablierte Melde- und Unterstützungsmodell hat sich in der Praxis bewährt. Die Fachstelle bietet im Bedarfsfall konkrete Handlungsempfehlungen, vertrauliche Beratung und Unterstützung bei der Kommunikation mit Schüler*innen, Eltern oder der Öffentlichkeit.

Im Rahmen des Unterrichtsfaches Politik und Gesellschaft (PuG) an beruflichen Schulen werden unter anderem Erscheinungsformen rechtsextremer Ideologien thematisiert und kritisch analysiert. Einige Schulen binden zusätzlich externe Referent*innen ein, um die Auseinandersetzung mit aktuellen Entwicklungen zu vertiefen.

Darüber hinaus ist der Geschäftsbereich Berufliche Schulen durch seinen pädagogischen Vertreter im Arbeitskreis Demokratiebildung und Partizipation des Referats für Bildung und Sport vertreten. Dieser koordiniert die fachliche Weiterentwicklung im Themenfeld Demokratiebildung an beruflichen Schulen und verwaltet die vom Stadtrat bewilligten Mittel zur Förderung entsprechender Projekte.

Zum Punkt 2 des Antrags:

Das RBS legt großen Wert darauf, dass Lehrkräfte im Sinne des Beutelsbacher Konsenses parteipolitisch neutral bleiben, zugleich aber aktiv für

die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintreten. Dies ist nicht nur zulässig, sondern ausdrücklich gefordert, um junge Menschen für demokratische Werte zu sensibilisieren und zu stärken.

Um diese Haltung zu verankern, wurden im Rahmen der Einführung der Verfassungsviertelstunde zu Beginn des Schuljahres alle Schulleitungen in der Schulleitungskonferenz nochmals gezielt darauf hingewiesen und beauftragt, diese Forderungen an das Kollegium weiterzugeben. Über die Fachkoordinator*innen und Fachleitungen wurden die zentralen Hinweise zusätzlich in die Fachschaften aller städtischen Schulen getragen. Zudem wurde der Informationsflyer der Fachstelle für Demokratie zuletzt zu Beginn des Schuljahres 2024/25 an alle Lehrkräfte verschickt.

Die Stadtverwaltung unterstützt darüber hinaus Veranstaltungen wie die Informationsveranstaltung der Landeszentrale für politische Bildung, zu der im Schuljahr 2024/25 alle Lehrkräfte in das Luisengymnasium eingeladen waren. Auch im Rahmen von Schulleitungstagungen des Ministerialbeauftragten wird regelmäßig auf diese Angebote und die Bedeutung der demokratischen Wertevermittlung hingewiesen.

Die Fachstelle für Demokratie begrüßt die Initiative, die Handreichung „Neutrale Schule? Grundlagen und Grenzen des Neutralitätsgebots in der Schule“ allen Lehrkräften erneut zugänglich zu machen.

Zum Punkt 3 des Antrags:

Das RBS misst dem Schutz und der Unterstützung von Schüler*innen und Pädagog*innen, die sich durch rechtsextreme Umtriebe bedroht fühlen, höchste Priorität bei. Ein zentrales Angebot bildet hier die Anlaufstelle bei Diskriminierung und rechtem Hass an Münchner Schulen, die bei der Fachstelle für Demokratie angesiedelt ist. Diese bietet niedrigschwellige Beratung, Unterstützung und Begleitung für Betroffene und trägt dazu bei, ein sicheres und wertschätzendes Schulklima zu gewährleisten.

Um die Bekanntheit dieser Anlaufstelle zu erhöhen und eine möglichst breite Zugänglichkeit sicherzustellen, wird regelmäßig im Rahmen von Schulleitungskonferenzen, Dienstbesprechungen der Fachkoordinationen, Lehrkräftekonferenzen und Fachsitzungen auf das Angebot hingewiesen. Bei diesen Gelegenheiten wird ebenso auf die einschlägigen Beratungs- und Fortbildungsangebote im PIZKB verwiesen und ggf. Kontakt hergestellt. Zu der Thematik und entsprechenden Maßnahmen findet zudem ein regelmäßiger Austausch mit dem staatlichen Schulamt, der Regierung von Oberbayern und den Ministerialbeauftragten statt.

Im Benehmen mit der Fachstelle für Demokratie wird das RBS durch einen erneuten Hinweis auf das Beratungsangebot zur Steigerung des Bekanntheitsgrades der Anlaufstelle bei Diskriminierung und rechtem Hass an Münchner Schulen beitragen.

Das PIZKB arbeitet in dem Bereich insbesondere präventiv, unterstützt die Schulen aber gleichzeitig auch bei konkreten Maßnahmen in akuten Fällen. An zeitgemäßen Schulen ist Demokratiebildung ein durchgängiges Prinzip. Sie gestalten Unterricht und das Schulleben zudem diskriminierungskritisch, geschlechtergerecht und inklusiv. Das RBS tut vieles dazu, damit Schulen sich immer weiter in diese Richtung entwickeln können. Dazu können die Münchner Schulen auch laufend Bildungsangebote wie Fortbildungen und Beratung durch das PIZKB in Anspruch nehmen (u.a. beim Fachdienst Politische Bildung).

Maßnahmen für Lehrkräfte/pädagogisches Personal

1. Fachliche Beratung und Fortbildung

Der Fachdienst Politische Bildung des PIZKB berät Schulen zum Thema diskriminierungskritische, insbesondere auch rassismuskritische Bildung sowie Menschenrechts- und Demokratiebildung (auch als Kollegiale Fallberatung) und bietet seit Jahren regelmäßig Fortbildungen zur Demokratiebildung sowie gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und zu diskriminierungskritischer Bildung für Lehrkräfte und pädagogisches Personal an den Münchner Schulen an.

2. Zusatzqualifikation zu diskriminierungskritischer Pädagogik und Schulentwicklung

Zudem wird vom PIZKB eine umfangreiche Zusatzqualifikation (ZQ) zu diskriminierungskritischer Pädagogik und Schulentwicklung (ZQ „Schule der Vielfalt“) angeboten (im Umfang von 19,5 Tagen), die Schulen dabei unterstützt, Schule und Unterricht differenz-, macht- und kontextsensibel zu gestalten und Diskriminierung auf individueller und institutioneller Ebene entgegenzuwirken.

112 Lehrkräfte an 32 Münchner Schulen haben die Zusatzqualifikation bislang absolviert bzw. durchlaufen diese gerade (der siebte Durchgang hat im Januar 2025 begonnen).

Bundesweit ist die Maßnahme nach wie vor eine Besonderheit. Sie stößt zunehmend auf Aufmerksamkeit, wird auch weit über München hinaus wahrgenommen und dient oftmals an anderen Orten als Vorbild.

3. Bereitstellung von Literatur, Materialien, Medien Angebote für Schüler*innen

1. Schüler*innen-Programm des Fachdienstes Politische Bildung
Mit dem Schüler*innen-Programm des PIZKB bietet das RBS den Münchner Schulen die Möglichkeit, drängende Fragen in Workshops und Seminaren mit Schüler*innen (auch über den Unterricht hinaus) intensiver zu bearbeiten. Seit 2015 stellt das PIZKB dieses fächerübergreifende Angebot für Schüler*innen aller Schularten, v.a. ab der 7. Jahrgangsstufe, bereit.
2. Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ (SOR-SMC)
Am PIZKB beim Fachdienst Politische Bildung ist auch die regionale Koordinationsstelle des Netzwerks „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ (SOR-SMC) angesiedelt.
Das Interesse der Schulen, Teil des Netzwerks zu werden, ist weiterhin sehr groß: Aktuell sind 92 Münchner Schulen anerkannte Mitglieder des SOR-SMC-Schulnetzwerks und weitere stehen kurz vor der Anerkennung.
3. Zuschüsse/Projektmittel
Darüber hinaus unterstützt das RBS Maßnahmen, die von den Schulen selbst organisiert werden, wie etwa selbst organisierte Projekte zu Demokratiebildung, selbst organisierte Besuche von Gedenkstätten, Synagogen und Moscheen, SMV-Fahrten, durch Zuschüsse/Projektmittel.

Wie Schulen diese Angebote sinnvoll nutzen sei am Beispiel des Städtischen Willi-Graf-Gymnasiums (WGG) verdeutlicht:

Das WGG war selbst von den in der Antragsbegründung erwähnten rechtsextremen Umtrieben betroffen und hat darauf vorbildlich reagiert, worüber auch in verschiedenen Medien berichtet wurde, so dass die Schule auch in die Öffentlichkeit hinein ein deutliches Zeichen gegen rechtsextreme, demokratiegefährdende Hetze und für ein gutes Miteinander setzen konnte. Dass sich sowohl die Schulleitung als auch Schüler*innen und Lehrkräfte dieser Schule so couragiert und deutlich gemeinsam gegen die Aktionen zur Wehr gesetzt haben, hat auch damit zu tun, dass die Schule seit Jahren mit Schüler*innen und Lehrkräften aktiv an der Bewusstseinsbildung für Demokratie und Menschenrechte arbeitet und dazu die vielfältigen Support-Systeme der LHM, insbesondere von Seiten des PIZKB, aktiv wahrnimmt und systemisch für die Schulentwicklung nutzt.

Zum nächsten Punkt 4 des Antrags:

„Zu der Thematik und entsprechenden Maßnahmen findet ein regelmäßiger Austausch mit dem staatlichen Schulamt, der Regierung von Oberbay-



ern und den Ministerialbeauftragten statt.“ Es wird auf die Ausführungen von RBS-A zu Punkt 3 des Antrags verwiesen.

Zum letzten Punkt 5 des Antrags:

Die Fachstelle für Demokratie befürwortet die Entwicklung und Durchführung eines neuen Projekts durch die Pastinaken zu aktuellen rechtsextremen Narrativen und wirkt gerne bei der Entwicklung und Koordinierung mit. Um ein entsprechendes Projekt zu ermöglichen, ist es jedoch unerlässlich, den Pastinaken weitere finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Bereits aktuell reichen die von der Fachstelle für Demokratie sowie dem Stadtjugendamt ausgereichten Zuschussmittel der Pastinaken nicht annähernd aus, um die Nachfrage nach den bestehenden Demokratiebildungsangeboten zu decken. Die Wartezeiten für anfragende Schulen sind mitunter sehr lang. Im Jahr 2025 waren die Honorarmittel für die Bildungsarbeit der Pastinaken bereits in der ersten Jahreshälfte vollständig ausgeschöpft. Ein neues Projekt kann daher nur dann die gewünschte Wirkung an den Münchner Schulen entfalten, wenn hierfür zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden. Aus dem laufenden Budget der Fachstelle für Demokratie können diese Mittel nicht bereitgestellt werden.

Auch dem RBS stehen angesichts der derzeitigen Haushaltssituation keine weiteren Mittel zur Verfügung. Jedoch weist das RBS auf die Ausführungen zu den Angeboten des PIZKB für Schulen hin.

Ich darf davon ausgehen, dass hiermit die Angelegenheit zu Ihrer Zufriedenheit abgeschlossen ist.

Versorgung von Schulen mit Schulpsychologen

Antrag Stadträte Jens Luther und Manuel Pretzl (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 3.9.2025

Antwort Stadtschulrat Florian Kraus:

Auf Ihren Antrag vom 3.9.2025 nehme ich Bezug.

Das Referat für Bildung und Sport teilt mit, dass, in Bezug auf die Intention Ihres Antrages, die Zuständigkeit für staatliches Personal, zudem die Schulpsycholog*innen an staatlichen Grund- und Mittelschulen zählen, nicht beim Oberbürgermeister liegt, sondern vielmehr beim Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus.

Der Antrag lautet wie folgt:

„Die Landeshauptstadt München setzt sich über den bayerischen und deutschen Städtetag dafür ein, dass an Grund- und Mittelschulen oder vergleichbaren Schularten und -verbänden Schulpsychologen den Schülerinnen und Schülern, aber auch den Eltern und Lehrkräften vor Ort als Ansprechpartner zur Seite stehen. Der Schwerpunkt soll im Bereich der Prävention und Früherkennung psychologischer Probleme gelegt werden.“

Ihr Einverständnis vorausgesetzt, teilen wir Ihnen auf diesem Wege zu Ihrem Antrag Folgendes mit:

Grund- und Mittelschulen befinden sich in staatlicher oder privater Trägerschaft, nicht in kommunaler Trägerschaft, weshalb die Versorgung mit Schulpsycholog*innen an Grund- und Mittelschulen in der Verantwortung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus liegt.

Schulpsycholog*innen sind Lehrkräfte mit abgeschlossenem Studium der Psychologie; sie unterstützen die pädagogische Arbeit der Schulen mit den wissenschaftlichen Methoden der Psychologie. Dabei ist die schulpsychologische Beratung im Schwerpunkt auf schulische Anlässe und Möglichkeiten bezogen. Ein*e Schulpsycholog*in wird für eine oder mehrere Schulen bestellt.

Daneben arbeiten staatliche Schulpsycholog*innen in schulartübergreifenden Projekten wie der Krisenintervention und der Lehrer*innengesundheit zusammen. Mit der Schulpraxis sind Schulpsycholog*innen in Bayern aufgrund ihrer Qualifikation sowohl aus der Lehrerperspektive als auch aus der Schüler*innen- und Elternperspektive vertraut. Sie pflegen Kon-

takte zum Kollegium, zur Schulleitung und zur Schulverwaltung. Durch die Schweigepflicht gemäß § 203 StGB (1), 2 sind sie gleichzeitig zuverlässige Vertrauenspersonen ihrer Klient*innen.

Schulpsychologische Beratung, Betreuung und Unterstützung steht allen Mitgliedern der Schulgemeinschaft kostenfrei zur Verfügung. Dazu zählen Einzelberatung und Gruppenarbeit.

Einzelberatung

- Beratung bei Lern- und Leistungsproblemen (z.B. Motivationsschwierigkeiten, Lernplanung)
- Diagnostik und Beratung bei Teilleistungsstörungen (z.B. Lese-Rechtschreib-Störung)
- spezielle Schullaufbahnentscheidungen und Inklusionsberatung (z.B. Begabungen und besonderer Förderbedarf)
- Hilfe bei akuten Krisen (z.B. bei plötzlichem Leistungsabfall oder Schulverweigerung, Selbstaggression, Depression)
- Kooperation mit inner- und außerschulischen Fachkräften
- Wiedereingliederung nach längerer Krankheit

Gruppenberatung

- Schüler- und Klassenebene (z.B. Lernen lernen, Entspannungsverfahren, Entwicklungskonflikte, Mobbing)
- Familien, Eltern, Bezugspersonen (z.B. Elternabende, Gesprächskreise, Informationsveranstaltungen)

Für die staatlichen Grund- und Mittelschulen in der Landeshauptstadt München stehen im Schuljahr 2025/26 insgesamt 66 Schulpsycholog*innen zur Verfügung. Für jede Grund- und Mittelschule werden Ansprechpartner*innen genannt, die einem Schulberatungsbezirk zugeordnet sind. Insgesamt gibt es 42 solcher Beratungsbezirke. Darüber hinaus können die Eltern der Grund- und Mittelschülerinnen an der Staatlichen Schulberatungsstelle München Stadt und Landkreis schulpsychologische Beratung erhalten. An den staatlichen Schulen sowie an den neun Staatlichen Schulberatungsstellenständen standen im Schuljahr 2022/2023 rund 1.080 Schulpsycholog*innen zur Verfügung. Dabei ist jeder staatlichen Schule eine schulpsychologische Betreuung zugeordnet. Die Kontaktdaten der*des für die jeweilige Schule zuständigen Schulpsycholog*in mit Angabe der Sprechzeiten und die Kontaktmöglichkeit zur Staatlichen Schulberatungsstelle ist auf dem Plakat „Schulberatung“ zu finden, das in jeder Schule aushängt oder auf der Homepage des Staatlichen Schulamtes Münchens (<https://schulamt-muenchen.de/index.php/schulberatung>).



Eine weiterreichende Intervention von Seiten der Landeshauptstadt München wird aus oben genannten Fakten nicht als zielführend erachtet.

Um Kenntnisnahme von den vorstehenden Ausführungen wird gebeten.
Wir gehen davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Sachstand beim Eisbach-Surfen + + + Sachstand beim Eisbach-Surfen II + + + Sachstand beim Eisbach-Surfen III

Anfragen Stadtrat Manuel Pretzl (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 3.11.2025, 4.11.2025 und 30.12.2025

Antwort Baureferentin Dr.-Ing. Jeanne-Marie Ehbauer:

Die verspätete Beantwortung Ihrer Anfragen bittet das Baureferat zu entschuldigen.

In Ihrer schriftlichen Anfrage vom 3.11.2025 und zum Thema „Sachstand beim Eisbach-Surfen“ führen Sie Folgendes aus:

„Wie diverse Medien berichten (unter anderem die Süddeutsche Zeitung vom 1.11.2025), ist die Surfswelle am Eisbach derzeit nicht für die Münchner Surferinnen und Surfer nutzbar. Offensichtlich reichen Pegel und Wasserabfluss aktuell nicht aus, eine stabile Surfswelle auszubilden. Erst kürzlich fand zudem eine Bachauskehr am Eisbach statt, bei der der Pegel gesenkt wurde. Bilder der Süddeutschen zeigen, dass dabei schweres Gerät eingesetzt wurde, das gegebenenfalls auf den Boden des Eisbaches eingewirkt hat, der für die Ausbildung der Surfswelle ebenfalls von Bedeutung ist.“

Ihre Fragen beantworten wir wie folgt:

Frage 1:

Woran liegt es genau, dass die Surfswelle derzeit nicht stabil entsteht?

Antwort:

Die beteiligten Referate arbeiten sehr eng mit externen Fachleuten sowie den Vertreter*innen der lokalen Surf-Community zusammen, um schnellstmöglich wieder eine surfbare Welle am Eisbach zu erhalten. Es hat in den letzten Monaten ein umfassender Austausch mit allen Beteiligten stattgefunden. Gemeinsam mit dem Referat für Klima- und Umweltschutz, dem staatlichen Wasserwirtschaftsamt, Vertreter*innen der lokalen Surf-Community von IGSM e.V. und Surf Club München e.V. sowie externen Fachleuten wurden mögliche Lösungsansätze erörtert, nachdem das Anpassen der Parameter von Ober- und Unterwasser bisher nicht zum Ausbilden einer surfbaren Welle geführt hat.

Am 9.1.2026 wurden in einem Gespräch unter Leitung des Oberbürgermeisters gemeinsam mit Vertreter*innen der Interessengemeinschaft Surfen in München (IGSM) und des Münchner Surfclubs sowie Vertreter*innen des staatlichen Wasserwirtschaftsamts und der zuständigen städtischen Fachreferate folgende nächste Schritte im gegenseitigen Einvernehmen vereinbart:

- In einem Projektversuch wird getestet, wie die Welle am Eisbach wieder hergestellt werden kann.
- Während des Versuchs wird das Surfen unter folgenden Vorgaben erlaubt:
 1. Die IGSM und der Surf-Club München übernehmen die Verantwortung und damit auch die Haftung während des Versuchs. Die Details dazu werden noch bilateral geklärt.
 2. Die Stadt übernimmt die technische bzw. statische Untersuchung für die Bauwerke.

Vertreter*innen der Landeshauptstadt München, des Wasserwirtschaftsamtes, des Surf Club München sowie der IGSM haben sich am 6.2.2026 erneut im Rathaus zu einem weiteren Gespräch über die Wiederherstellung der Eisbachwelle getroffen. Am 4.2.2026 hat ein erster Vorversuch zur Wiederherstellung der Eisbachwelle stattgefunden, am 10.2. und 11.2.2026 wurden weitere Vorversuche durchgeführt. Die Vorversuche sind erforderlich, um fundiert beurteilen zu können, unter welchen Bedingungen und mit welchen Maßnahmen die Welle am besten wiederhergestellt werden kann. Sobald ausreichend Erkenntnisse aus diesen Vorversuchen vorliegen, kann der geplante Hauptversuch zur Wiederherstellung der Eisbachwelle starten. Diese Vorversuche liegen in der Verantwortung der beteiligten Surferinnen und Surfer. Es wurde vereinbart, die Ergebnisse der Versuchsreihe in einem weiteren Gespräch zu erörtern sowie das weitere Vorgehen festzulegen.

Frage 2:

Kann ausgeschlossen werden, dass die Arbeiten der Bachauskehr mit dem derzeitigen Zustand der Surfwellen in Verbindung stehen?

Antwort:

Bei der Bachauskehr wird das Bachbett von Unrat und Sedimenten befreit, die sich am Grund ablagern. Bei abgesenktem Wasserspiegel werden die Gewässer begangen, Böschungen und Bauwerke untersucht und erforderliche Reparaturen ausgeführt. Dies ist notwendig, weil durch mitgerissenes Treibgut Schäden an Böschungen, Dämmen und Brücken entstehen können. Zudem wurden für die verpflichtend notwendigen handnahen Prüfungen die Oberflächen von Belägen befreit, um Gefahrenstellen, wie beispielsweise frei liegende Bewehrungsstäbe oder relevante Risse im Beton, erkennen zu können. Bauliche Veränderungen im Bereich der Eisbachwelle wurden bei der Bachauskehr nicht vorgenommen.

Frage 3:

Wie kann die Surfwelle schnellstmöglich wieder stabil hergestellt werden?

Antwort:

Auf die Antwort zu Frage 1 wird verwiesen.

Frage 4:

Wie kann sichergestellt werden, dass sich ein solches Problem zukünftig nicht wiederholt?

Antwort:

Auf die Antwort zu Frage 1 wird verwiesen.

In Ihrer schriftlichen Anfrage vom 4.11.2025 zum Thema **„Sachstand beim Eisbach-Surfen II“** führen Sie Folgendes aus:

„Das Baureferat der Landeshauptstadt München (LHM) hat auf Nachfrage der Abendzeitung bestätigt, dass es seit Juni einen externen Dienstleister mit der ‚Einhaltung der geltenden Sicherheitsregeln‘ beauftragt hat. Angesichts des furchtbaren Unglücksfalles vom April begrüßt die Stadtratsfraktion CSU mit Freie Wähler grundsätzlich alle Maßnahmen, die die Sicherheit der Surferinnen und Surfer vor Ort verbessern. Die Beauftragung eines externen Sicherheitsdienstes, der das Geschehen beobachtet, ist offensichtlich jedoch ein sehr öffentlichkeitswirksamer Schritt.“

Ihre Fragen beantworten wir wie folgt:

Frage 1:

Gab oder gibt es bei der LHM akute oder glaubhafte Hinweise, dass die geltenden Sicherheitsregeln seitens der Surferinnen und Surfer nicht eingehalten werden?

Antwort:

Mangels eigener Personalkapazitäten der Stadt München wurde ein externer Dienstleister mit der Kontrolle der Surfwelle beauftragt. Dieser hat wiederholt festgestellt, dass der Allgemeinverfügung widersprechende Handlungen vorgenommen wurden.

Frage 2:

Wie genau ist die Aufgabe des Sicherheitsdienstes definiert? Welche Befugnisse hat dieser im Falle eines Übertretens der geltenden Regeln?

Antwort:

Der beauftragte Dienstleister kontrolliert insbesondere, ob die angebrachten Warnschilder und Rettungsmittel noch vorhanden sind, sich Gegenstände im Wasser befinden oder die Welle durch eingebrachte Gegenstände manipuliert wird. Bei Verstößen gegen die Allgemeinverfügung klärt er die betreffenden Personen über die einzuhaltenden Regeln auf. Zudem unterstützt der externe Dienstleister bei Unfällen bzw. Verletzungen, zum Beispiel durch Hinzurufen von Rettungsdiensten bzw. Erste-Hilfe-Leistungen.

Frage 3:

Bis wann wird der externe Sicherheitsdienst noch an der Eisbachwelle eingesetzt werden?

Antwort:

Da momentan kein Surfbetrieb stattfindet, wird der externe Sicherheitsdienst derzeit nicht mehr eingesetzt.

Frage 4:

Welche Kosten hat der Einsatz der externen Sicherheitsdienstleister verursacht? Aus welchem Budget wurden diese bezahlt?

Antwort:

Nachdem die Kontrollen aufgrund fehlender Kapazitäten nicht durch städtisches Personal erbracht werden können, mussten die Leistungen, analog den Überwachungsleistungen an der Isar, extern vergeben werden. Die bisherigen Kosten belaufen sich auf einen fünfstelligen Betrag und werden aus dem Budget für Sicherheitsdienstleistungen für die Landeshauptstadt München getragen.

Frage 5:

Weiterhin zum Thema Sicherheit: Wurde am vom Baureferat neu installierten Lichtmast auch eine Kamera installiert oder worum handelt es sich bei dem unterhalb der Scheinwerfer montierten, domartigen Gegenstand?

Antwort:

Bei der neu installierten Beleuchtung an der Eisbachwelle handelt es sich um eine Sicherheitsbeleuchtung. Die Feuerwehr kann im Einsatzfall ergänzend zu der Standardbeleuchtung, von der Brücke aus, eine sehr helle Beleuchtung hinzuschalten. Diese Zuschaltung erfolgt per Funksignal. Der von Ihnen angesprochene „domartige Gegenstand“ an der Leuchte ist keine Kamera, sondern der Empfänger, der das Funksignal an den Strahler

weitergibt, damit die Beleuchtung auf maximale Helligkeit hochgefahren wird. Vergleichbare Controller sind auch bereits im Alten Botanischen Garten und im Nussbaumpark installiert.

In Ihrer schriftlichen Anfrage vom 30.12.2025 zum Thema „**Sachstand beim Eisbach-Surfen III**“ führen Sie Folgendes aus:

„Die weltbekannte Surfwelle am Eisbach ist immer noch nicht wieder hergestellt und laut verschiedenen Medienberichten gibt es erneut großen Unmut vonseiten der Surf-Community über das Vorgehen der Stadtspitze sowie der städtischen Verwaltung. Nachdem die Welle über die Weihnachtstagesfeier mit Hilfe eines offenbar illegal eingebauten Holzbalkens kurzzeitig wieder da war und auch gesurft wurde, ließ das Referat für Klima- und Umweltschutz (RKU) diesen Einbau am 28. Dezember wieder entfernen und begründete dies mit Sicherheitsbedenken. Die Dritte Bürgermeisterin wiederum, in Vertretung des Oberbürgermeisters, kritisierte das Vorgehen der Verwaltung via Pressemitteilung. Die Stadt hatte sich bislang auf einen dreistufigen Plan verlassen, der die Welle wieder zum Laufen bringen sollte. Inzwischen steht laut Süddeutscher Zeitung allerdings die Frage im Raum, ob die Welle überhaupt wieder aufgebaut werden kann. Eine konkrete Aussage des Oberbürgermeisters, wie es nun weitergehen soll, gibt es bislang nicht – dafür offenbar hohe bürokratische Hürden für die Bemühungen der Surf-Community, den Wiederaufbau der Welle voranzutreiben. Die Surfwelle ist bekanntlich nach der Bachauskehr Ende Oktober verschwunden. Bereits am 3. November hatte die CSU/FW-Fraktion mit einer Anfrage (20-26/F 01355) erfahren wollen, ob und wenn ja inwiefern die Arbeiten während der Bachauskehr mit dem Verschwinden der Welle in Verbindung stehen. Diese Anfrage ist bislang nicht beantwortet worden. Die CSU/FW-Fraktion hat inzwischen Hinweise darauf erhalten, dass während der Bachauskehr fest eingebaute Teile aus dem Flussbett entfernt worden sind, die zuvor jahrzehntelang für die stabile Surfwelle gesorgt hatten. Es deuten auch verschiedene Medienberichte darauf hin, dass jahrelange Einbauten die Welle am Laufen gehalten haben könnten. Auch dazu gibt es bislang keine eindeutigen Aussagen der Stadtverwaltung.“

Ihre Fragen beantworten wir wie folgt:

Frage 1:

Ist es zutreffend, dass bei der Bachauskehr feste Einbauten aus dem Flussbett entfernt worden sind?

Frage 1.1.:

Wenn ja, um was für Teile handelte es sich?

Frage 1.2.:

Wenn ja, ist es auch zutreffend, dass diese Einbauten zuvor für die stabile Surfelle gesorgt hatten?

Frage 1.3.:

Wenn ja, ist es auch zutreffend, dass das Fehlen dieser Einbauten nun ursächlich für das Verschwinden der Welle ist?

Antwort:

Bei der Bachauskehr wurden keine festen Einbauten aus dem Flussbett entfernt.

Frage 2:

Wenn es nicht zutreffend ist, dass Einbauten entfernt wurden bzw. dieses nicht ursächlich für das Verschwinden der Welle war: Was wurde bei der Bachauskehr in diesem Jahr anders gemacht im Vergleich zu den vorherigen Bachauskehren, die nicht zum Verschwinden der Welle geführt haben?

Antwort:

Auf Antwort zu Frage 2 der schriftlichen Anfrage vom 3.11.2025 wird verwiesen.

Frage 3:

Ist der ursprünglich vom Oberbürgermeister angekündigte 3-Stufen-Plan zur Reaktivierung der Welle noch in der Umsetzung oder gilt er bereits als gescheitert?

Antwort:

Auf Antwort zu Frage 1 der schriftlichen Anfrage vom 3.11.2025 wird verwiesen.

Frage 4:

Kann die Welle nach Einschätzung der städtischen Behörden ohne dauerhafte Einbauten wieder reaktiviert werden?

Frage 4.1.:

Falls ja: Wie?

Frage 4.2.:

Falls nein: Welche Möglichkeiten sieht der Oberbürgermeister, um für die Welle notwendige Einbauten rechtssicher zu gestatten und wie können diese Möglichkeiten umgesetzt werden?

Antwort:

Auf die Antwort zu Frage 1 der schriftlichen Anfrage vom 3.11.2025 wird verwiesen.

Frage 5:

Welche konkreten nächsten Schritte plant der Oberbürgermeister derzeit, um zu einer Entscheidung zu gelangen, die die Situation an der Welle dauerhaft löst?

Antwort:

Auf Antwort zu Frage 1 der schriftlichen Anfrage vom 3.11.2025 wird verwiesen.

Frage 6:

Wie passt das derzeitige Vorgehen der Stadtverwaltung zum erklärten Ziel des Oberbürgermeisters, überbordende Bürokratie-Prozesse abzubauen und städtische Abläufe zu beschleunigen?

Antwort:

Auf Antwort zu Frage 1 der schriftlichen Anfrage vom 3.11.2025 wird verwiesen.

Das Referat für Klima- und Umweltschutz hat dieses Antwortschreiben mitgezeichnet.

Aussetzung des Umbaus der Augustenstraße im Abschnitt zwischen Gabelsbergerstraße und Heßstraße

Antrag Stadtrats-Mitglieder Andreas Babor, Dr. Michael Haberland, Hans Hammer, Hans-Peter Mehling, Veronika Mirlach, Dr. Evelyne Menges und Thomas Schmid (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 12.11.2025

Antwort Antwort Baureferentin Dr.-Ing. Jeanne-Marie Ehbauer:

Sie fordern in Ihrem Antrag das Baureferat auf, den im Rahmen des geplanten Umbaus der Augustenstraße ab dem 9. März 2026 vorgesehenen Bauabschnitt zwischen Gabelsberger Straße und Heßstraße bis auf Weiteres auszusetzen. Mit dem Bau sollte erst begonnen werden, wenn endgültig feststeht, ob München vom Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) und dem Internationalen Olympischen Komitee (IOC) den Zuschlag für die Austragung der Olympischen und Paralympische Sommerspiele für 2036, 2040 oder 2044 erhält und in diesem Zusammenhang der Bau der U9 tatsächlich umgesetzt wird.

Ihr Einverständnis vorausgesetzt, erlauben wir uns, Ihren Antrag mit Schreiben zu beantworten.

Zu Ihrem Antrag vom 12.11.2025 teilt das Baureferat Folgendes mit:

Der Stadtrat hat mit Beschluss vom 11.2.2025 (Sitzungsvorlage Nr. 20-26/V 14846) „Umgestaltung Augustenstraße zwischen Dachauer Straße und Görresstraße“ die Projektgenehmigung für die Umsetzung ab dem 2. Halbjahr 2025 erteilt. Daraufhin hat das Baureferat die erforderlichen Planungs- und Bauleistungen auftragsgemäß ausgeschrieben und vergeben. Mit der Ausführung der Arbeiten wurde am 20. Oktober 2025 begonnen.

Bisher ist nicht bekannt, wann seitens des IOC über den Zuschlag für die Olympischen Sommerspiele für 2036, 2040 oder 2044 entschieden wird.

Sollte der Abschnitt zwischen Gabelsbergerstraße und Heßstraße nicht umgesetzt werden, würden sich Änderungen der Vertragsleistung ergeben und die Landeshauptstadt München müsste entsprechende Entschädigungszahlungen an die Vertragspartner leisten. Die vorliegenden Mängel der aktuellen Straßenaufteilung blieben bestehen.



Die Bauarbeiten zum Bauabschnitt zwischen Gabelsbergerstraße und Theresienstraße werden nach der Winterpause, am 9. März 2026 fortgeführt, um die Augustenstraße auftragsgemäß insbesondere für den Fußverkehr (Gehwegbreiten, Barrierefreiheit, Querungen) zu verbessern.

Um Kenntnisnahme von den vorstehenden Ausführungen wird gebeten.
Wir gehen davon aus, dass der Antrag damit abschließend behandelt ist.

Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Freitag, 24. April 2026

Auer Dult: MVG verdoppelt Tram-Angebot zeitweise

Pressemitteilung MVG

Einen Kaffee trinken, eine Tasse mitnehmen: MÜN- CHENSTIFT eröffnet neuen Kreislaufschränk

Pressemitteilung MÜNCHENSTIFT GmbH

23.04.2026

Auer Dult: MVG verdoppelt Tram-Angebot zeitweise

Zur Maidult von Samstag, 25. April, bis Sonntag, 3. Mai, verdoppelt die Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG) zeitweise ihr Tram-Angebot Richtung Mariahilfplatz.

An beiden Dult-Wochenenden sowie am 1. Mai werden auf der Tramlinie 18 zwischen Sendlinger Tor und St.-Martins-Platz von ca. 12 Uhr bis ca. 20 Uhr zusätzliche Züge eingesetzt. Somit ergibt sich in diesem Abschnitt ein 5- statt 10-Minuten-Takt.

Außerdem ist die Dult über die Haltestelle Mariahilfplatz mit dem Bus 52 sowie über die Haltestelle Schweigerstraße mit dem Bus 62 zu erreichen. Über einen kurzen Fußweg ist die Anreise auch mit der U1/U2 (U-Bahnhof Fraunhoferstraße oder Kolumbusplatz) möglich.

Herausgeber

Stadtwerke München GmbH
Pressestelle
Telefon: +49 89 2361-5042
E-Mail: presse@swm.de
www.swm.de

Redaktion

Pressereferent Bereich MVG
Maximilian Kaltner
Telefon: +49 89 2361-6042
E-Mail: presse@mvg.de
www.mvg.de

Freitag, 24. April 2026

Einen Kaffee trinken, eine Tasse mitnehmen: MÜNCHENSTIFT eröffnet neuen Kreislaufschränk

Im Garten des MÜNCHENSTIFT-Hauses St. Josef gibt es ab sofort einen neuen Kreislaufschränk. Wer zu Hause Geschirr, Bücher oder Dekoartikel ausgemistet hat, kann diese Dinge ab sofort dort hineinstellen. Und wer auf der Suche nach nützlichen Kleinigkeiten ist, kann sich aus dem Schränk bedienen und die Sachen kostenlos mitnehmen. Gestern (Donnerstag, 23.April.26) wurde der Schränk feierlich eingeweiht.

„Eine Win-Win-Situation und ganz im Sinne der Nachhaltigkeit“, sagt Myrna Kratzer, die die Idee hatte. Sie und ihre Kolleg:innen haben mit Unterstützung des Vereins Kreislaufschränke e.V. viel Arbeit in das Projekt gesteckt.

Einen Schränk wie diesen gibt es nämlich nicht im Möbelhaus zu kaufen. Stabil muss er sein und wetterfest. Also hat sich die MÜNCHENSTIFT mit der benachbarten Lebenshilfe zusammengetan, die den Schränk für sie gebaut und montiert hat.

Den Schränk dann auf öffentlichen Grund zu stellen, wäre nur mit Überwinden zahlreicher Hürden möglich gewesen. Also musste ein Ort gefunden werden, an dem der Schränk stehen kann und nicht nur für Bewohner:innen, Angehörige und Mitarbeitende, sondern auch für die Nachbarn zugänglich bleibt.

Gut, dass es den Garten am Haus gibt. Der steht nicht nur Bewohnern, Angehörigen und Mitarbeitenden offen, sondern auch den Nachbarn: Um einen Kaffee zu trinken oder jetzt vielleicht auch, um sich eine hübsche Kaffeetasse aus dem Kreislaufschränk mit nach Hause zu nehmen.

Mehr Infos zum Verein Kreislaufschränke gibt es hier: [Kreislaufschränke München e.V. – Mit uns kreisen die Dinge im Viertel und nicht um die Welt](#)



Kontakt

Anna Schmid
Pressesprecherin

presse@muenchenstift.de
+49 89 62020 340

MÜNCHENSTIFT - Zugewandte Pflege und Wohnen im Alter in unserer Stadt

Die MÜNCHENSTIFT ist eine gemeinnützige Gesellschaft und hundertprozentige Tochter der Stadt München. Mit neun Alten- und Pflegeheimen, fünf Seniorenwohnheimen, fünf Stützpunkten des Ambulanten Pflegedienstes sowie drei Tagespflegeeinrichtungen ist sie die größte Dienstleisterin für Senior:innen in München. Mit der Offenlegung der Prüfberichte schafft die MÜNCHENSTIFT Transparenz und Vertrauen in die Qualität ihrer Pflege- und Betreuungsleistungen. Aktuell ist die MÜNCHENSTIFT Arbeitgeberin für ca. 2.200 Mitarbeiter:innen.

www.muenchenstift.de

MÜNCHENSTIFT GmbH Gemeinnützige Gesellschaft der Stadt München
Kirchseeoner Straße 3, 81669 München, [+49 89 62020 340](tel:+498962020340), presse@muenchenstift.de